ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Merkel, Wolfgang

**Article — Digitized Version**

# Niedergang der Sozialdemokratie?: Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

**Provided in Cooperation with:**
WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Merkel, Wolfgang (1990) : Niedergang der Sozialdemokratie?: Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 0340-0425, Nomos, Baden-Baden, Iss. 1, pp. 106-133

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112545

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

*Wolfgang Merkel*

# Niedergang der Sozialdemokratie?

## *Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*

### *1. Das Ende des „Goldenen Zeitalters"*

Als sich zu Ende der siebziger Jahre wirtschaftliches Wachstum, zweifellos der zentrale Parameter des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses, nicht mehr ohne verschärfte Verteilungskonflikte und negative außenwirtschaftliche Folgen über globale Nachfragesteuerung herstellen ließ, verloren die Keynesianischen Steuerungsrezepte an politischer Attraktivität. Der einstige Erfolgszusammenhang von Keynesianismus und Sozialdemokratie schien sich zu verkehren, die Krise des Keynesianismus drohte die Krise der Sozialdemokratie nach sich zu ziehen.

In dieser Situation vergaßen Konservative, Neoliberale und Marxisten ihre Differenzen, und als ob eine unsichtbare Hand dieses babylonische Stimmengewirr dirigierte, formierten sie sich zu einem Chor, um mit mächtiger Stimme die Botschaft von der „Krise", dem „Niedergang" und dem „Ende" der Sozialdemokratie zu verkünden. Unter der Rubrik „Ende des goldenen Zeitalters der Sozialdemokratie" erschien eine Flut politik- und sozialwissenschaftlicher Analysen (z.B. Buci-Glucksmann/Therborn 1982; Dahrendorf 1983; Przeworski 1985; Przeworski/Spraque 1986; Paterson/Thomas 1986; Scharpf 1987; Miliband/Liebman/Panitch 1988; Share 1988; Markovits/Pelinka 1989), die mitunter die Konturen der Krise eher vor- als nachzeichneten. Folgt man diesen wissenschaftstheoretisch, methodisch und ideologisch höchst unterschiedlichen Analysen, dann lassen sich fünf entscheidende Entwicklungen herausfiltern, mit denen sich die günstigen „Umweltbedingungen" für sozialdemokratische[1] Politik irreversibel aufzulösen schienen:

- Die *„Blockierung der Keynesianischen Koordination"*: Die rasante Internationalisierung der Weltwirtschaft in den siebziger Jahren, die Expansion der „offshore"-Dollar-Märkte, die restriktive Geldpolitik der dominierenden Zentralbanken, ferner wachsende Schulden des US-Haushaltes sowie der Verlust der

1 „Sozialdemokratisch" und „sozialistisch" verwende ich in meinem Text als synonyme Begriffe, wenn sie sich auf die Kennzeichnung der Politik sozialdemokratischer *und* sozialistischer (Südeuropa) Regierungen gemeinsam beziehen.

„nationalen Zinssouveränität" (Scharpf 1987) ökonomischer Mittelmächte, führten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu erheblichen Problemen für die Strategie des „Keynesianismus in einem Lande". Die Entzauberung der globalen keynesianischen Nachfragesteuerung wurde noch beschleunigt durch die loser gewordene Kopplung von Wirtschaftswachstum und Zunahme an Arbeitsplätzen. Der Sozialdemokratie schien ein ideales wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu entgleiten, das es ihr in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsperiode erlaubt hatte, „gesellschaftsverändernde Programmatik und systemstabilisierende Pragmatik" (Vobruba 1983, S. 136) in Einklang zu bringen. Der Keynesianische Wohlfahrtsstaat, einst die erfolgreiche sozialdemokratische „Friedensformel" (Offe 1984, S. 14) zur Befriedung der Spannungen zwischen Demokratie und Kapitalismus, schien nun selbst zum Problem zu werden.

- *Wandel in der Sozialstruktur:* Der technische Fortschritt führte zu einem beschleunigten Beschäftigungsabbau in der Industrie und einer gleichzeitigen Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Die Folge war ein kontinuierlicher Schrumpfungsprozeß der Industriearbeiterschaft, der traditionellen Kernklientel sozialdemokratischer Parteien; parallel setzte eine zunehmende Differenzierung unter den „blue collars" ein. Die Spaltung in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, Kern- und Randbelegschaften, Arbeiter im öffentlichen und privaten Sektor schien geradezu zwangsläufig eine zunehmende Ausdifferenzierung der Interessen der Arbeiterschaft nach sich zu ziehen.
  Zusätzlich vergrößerte sich wieder die Interessendifferenz zwischen Arbeiterschaft und Mittelschichten. Auf dem Hintergrund eines langsam und problematisch voranschreitenden Wachstums (jobless growth) begannen relevante Teile der Mittelschichten die kollektive Verteilung von sozialer Wohlfahrt und die individuelle Wahrnehmung von Lebenschancen mehr und mehr als ein Nullsummenspiel zu begreifen. Damit war die Herstellung sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit zweifellos in den achtziger Jahren schwieriger, mit den traditionellen Mitteln allein vielleicht unmöglich geworden.
- *Die Zunahme „neuer" gesellschaftlicher Forderungen:* Im Laufe der siebziger Jahre nahm die Nachfrage nach „postmateriellen" Gütern in den am stärksten entwickelten Wohlfahrtsstaaten zu. Die Forderungen nach gesellschaftlicher Autonomie, politischer Partizipation, Gleichberechtigung der Geschlechter und Schutz der natürlichen Umwelt forderten das eindimensionale Modell Wachstum plus Umverteilung heraus. Insbesondere sozialdemokratische Parteien sahen sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, „Ökologie" und „Ökonomie" nun in einem kohärenten politischen Projekt unterzubringen.
- *Das Problem sozialer und politischer Allianzen:* Das Auftauchen linkslibertärer und postmaterieller Forderungen und der gleichzeitige Rückgang egalitärer Werte in Teilen der Mittelschichten haben für die Sozialdemokraten ein Dilemma in der Arena sozialer und politischer Allianzen entstehen lassen. Manche

der einst sozialliberalen Parteien Westeuropas wandelten sich in den achtziger Jahren zu neoliberalen Vertretungsorganen des „neuen Materialismus" und der „Yuppie"-Kultur. Die Sozialdemokratie verlor nicht selten einen ehemaligen oder potentiellen Koalitionspartner zur Rechten (Kirchner 1988), während ihr gleichzeitig zur Linken mit den ökologischen Parteien neue direkte Konkurrenten erwuchsen. Damit sahen sich die sozialdemokratischen Parteien einer neoliberalen Rechten gegenüber, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und den Wohlfahrtsstaat weitgehend ablehnte, sowie einer ökologischen Linken, die die sozialdemokratische Orientierung an Wirtschaftswachstum, Zentralisierung und staatlichen Verteilungsbürokratien kritisierte. Aufgrund ihrer „organischen" Verbindung mit den Gewerkschaften war und ist es für die sozialdemokratischen Parteien nicht einfach, die neuen „materialistischen" und/oder „postmaterialistischen" Interessen aufzunehmen oder gar, mit den diese Positionen vertretenden Parteien Koalitionen einzugehen, ohne gleichzeitig die gewerkschaftliche Bindung zu gefährden. In jedem der hier denkbaren Bündnisfälle laufen die Sozialdemokraten Gefahr, Wählerstimmen in der Arbeiterschaft zu verlieren.

- *Der Verlust der Offensive im politischen Diskurs:* All die angeführten Wandlungstendenzen haben die Fähigkeit der Sozialdemokratie eingeschränkt, den politischen Diskurs um Reform, Fortschritt und Moderne zu bestimmen (Paterson/Thomas 1986, S. 13). In den „Schumpeterianischen Achtzigern" (Giersch 1985; Dahrendorf 1989) prägten Individualismus, neoliberale Marktorientierung und privater Unternehmungsgeist auf der einen Seite, ökologische Forderungen auf der anderen Seite die öffentlichen Diskurse. Viele sozialdemokratische Parteien verloren ihre einst vorhandene Fähigkeit, die Reformräume ihrer jeweiligen Länder zu definieren und zu besetzen (Markovits/Pelinka 1989, S. 347).

## 2. *Theorien und Hypothesen zum Niedergang der Sozialdemokratie*

Als würden all diese Entwicklungen gleichzeitig und unabhängig von spezifischen nationalen Kontexten auftreten und sich synergetisch verdichten, erfanden Sozial- und Politikwissenschaftler – Liberale, Marxisten und die „neueste Linke" – für die genannten Phänomene sogleich eine universell gültige Krisentheorie. Dabei vermischten sie nicht selten Tatsachenbehauptungen mit Werturteilen, ja selbst empirische Analysen fielen bisweilen ideologischen Vorlieben oder dem ästhetischen Anspruch nach hochentwickelten allgemeinen Theorien zum Opfer. Aber hinter der Harmonie der gleichen Botschaft lassen sich doch unterscheidbare Töne im Krisenchor vernehmen:

*Neoliberale und neokonservative Stimmen:* Wenig vorsichtig in ihren Prophezeiungen verkünden herausragende Vertreter des (Neo-)Liberalismus und Neo-Konser-

vatismus das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" (Dahrendorf 1983, S. 16 ff). Dem sozialdemokratischen Gesellschaftskonzept von „Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus" (ebd., S. 18) seien zu Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die materiellen und ideellen Grundlagen entzogen worden. Das Ausbleiben von ausreichendem Wirtschaftswachstum mache die Finanzierung des Netzes der sozialen Sicherheit problematisch, wenn nicht unmöglich. Die vermeintliche Tendenz, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe,[2] entziehe den sozialdemokratischen Arbeiterparteien nicht nur Teile ihrer sozialen Basis, sondern der sozialdemokratischen Programmatik und Ideenwelt komme auch der gesellschaftspolitisch zentrale Arbeitsbegriff abhanden; „der wohlwollende Staat" als „die zentrale Instanz sozialdemokratischen Handelns" (ebd., S. 22) in Wirtschafts- und Sozialpolitik werde von den Bürgern zunehmend weniger als „wohlwollend" empfunden, „sondern als teurer Versager" (ebd.). Bündig schließt Dahrendorf aus empirisch fragwürdigen Prämissen: das sozialdemokratische Programm „ist ein Thema von gestern" (ebd., S. 23; 1987, S. 91).[3]

Auch wenn die These von der schwarzen Zukunft der Sozialdemokratie von manchem Verfechter des neuen Liberalismus und Konservatismus bisweilen differenzierter vorgetragen wurde, gleichen sich Struktur und Substanz der Argumentationslogik. Das übereinstimmend vorgetragene Argument lautet, daß mit dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates die Sozialdemokratie ihre historische Aufgabe erfüllt habe. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe hätte sie die Wirtschaft überlastet, die selbstregulativen Kräfte des Marktes gestört und die Anreize zu unternehmerischer Initiative und ökonomischer Selbstverantwortung geschwächt. Die Sozialdemokraten hätten die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten des Staates überschätzt. Unterschätzt hätten sie die paralysierenden Wirkungen, die von „hypertropher" Staatstätigkeit auf die wirtschaftliche Prosperität ausgingen.

„Big governments", brachte Richard Rose dieses Argument auf die bündige Formel, lösten wirtschaftliche und soziale Probleme nicht, sie schüfen sie erst (Rose 1980; OECD 1985). Gleichzeitig sei die Kontrolle über ein Wohlfahrtssystem verloren gegangen, das politischen und konsumtiven Hedonismus erzeuge, dessen Befriedigung wiederum zu einer Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates führe (Bell 1976), der paradoxerweise wieder jene Probleme der Anspruchsinflation neu hervorrufe, mit deren Lösung er sich dann zu beschäftigen habe.

2 Diese These, von Hannah Arendt erstmals in „Vita activa oder vom tätigen Leben" formuliert, wurde von Ralf Dahrendorf akzeptiert und zur Prämisse seiner Überlegung erhoben, daß ein neuer liberaler Gesellschaftsvertrag die obsolet gewordenen Strukturen und Werte der alten Arbeitsgesellschaft ersetzen müsse.

3 Dahrendorf bezieht sich mit seiner These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts primär auf die Ebene der Politik, einer Politik allerdings, die nicht nur von sozialdemokratischen Parteien verfolgt wurde, sondern das „Thema einer Epoche" war. Doch die Logik seiner Argumentation impliziert beides: das Ende sozialdemokratischer Politik wie auch den Niedergang ihrer engagiertesten Verfechter, der sozialdemokratischen Parteien.

Liberale (Dahrendorf), Neokonservative (Crozier et al.), Angebotsökonomen (Laffer), Monetaristen (Friedman), Fiskalkonservative (Hayek) und die Theoretiker der „public choice theory" bzw. „der constitutional economics" (Buchanan; Tullock) folgern trotz aller sonstigen Unterschiede gemeinsam, daß es zum Wohle aller sei, wenn der Staat sich aus der Wirtschaft jenseits ordnungs- oder geldpolitischer Vorgaben weitgehend heraushalte und Investoren nicht länger in ihren Entscheidungen von verteilungspolitisch motivierten Interventionen und Auflagen des Staates eingeschränkt würden. Kurz, sie plädieren für Markt und Selbsthilfe, statt für öffentlichen Sektor und Umverteilung. Damit wird seit Mitte der siebziger Jahre explizit und implizit ein politisches Programm für schädlich und obsolet erklärt, das seit 1945 den Kern der Politik der westeuropäischen Sozialdemokratie ausgemacht hatte.

*Die (paläo)marxistische Stimme:* Während Liberale und Neokonservative die „Überdehnung des Wohlfahrtsstaates" kritisieren und über „zuviel Staat" lamentieren, klagen die orthodoxen Marxisten umgekehrt über „zuviel Markt" im „sozialdemokratischen Staat". Der „Kollaps des Keynesianismus" und der „Zusammenbruch" des Neokorporatismus seit der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre hätte die Handlungsspielräume der Sozialdemokratie für Reformen zerstört und ihre Chancen auf dem Wählermarkt drastisch reduziert (Panitch 1986, S. 52). Was von der früheren reformerischen Identität übrig geblieben sei, sei nurmehr ein „Geist, eine Form von Nostalgie. Eine Nostalgie, lächerlich und beißend für etwas, was einst existierte und nie mehr existieren wird" (Liebman 1988, S. 21 f.). Weil die Sozialdemokraten den Weg zum Sozialismus frühzeitig verlassen hätten, seien sie nun selbst Opfer ihres selbstmörderischen Versuchs geworden, den Kapitalismus etwas sozialer zu verwalten.

*„The voice of rational choice":* Herausragende Vertreter dieser Theorie argumentieren, die Sozialdemokratie als ein „historisches Phänomen" (Przeworski 1985, S. 7) sei keineswegs aufgrund von Abweichungen von der vermeintlich „korrekten Linie" oder infolge des „Klassenverrates" ihrer Führer gescheitert. Sie sei vielmehr zwingend zum Niedergang verurteilt gewesen aufgrund „rationaler strategischer Entscheidungen", zu denen sie angesichts des unausweichlichen Dilemmas des „electoral socialism" (Przeworski/Spraque 1986, S. 55) gezwungen war. Sobald klar geworden sei, daß die Arbeiter in keiner Gesellschaft zur numerischen Mehrheit werden würden, habe es auf der Hand gelegen, daß das originäre Ziel der Sozialdemokratie – die Emanzipation der Arbeiterklasse – nicht von den Arbeitern alleine erreicht werden könne. Die Führer der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien seien deshalb gezwungen gewesen, die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Schichten zu gewinnen. Und genau hierin liege das Dilemma: Um an den Wahlurnen erfolgreich zu sein, müßten sozialdemokratische Parteiführungen eine *über* den Klassen liegende Position einnehmen; und indem sie das täten, schwächten sie ihre Fähigkeit, die Arbeiter *als* Klasse zu ge-

winnen. Verfolgten sie jedoch eine „reine Klassenstrategie", seien sie zu einem ewigen Minderheitsstatus verurteilt. Folgten sie wiederum „supraclass" Strategien, indem sie an die Mittelschichten appellierten, verlören sie ihre Wähler innerhalb der Arbeiterschaft. „They seem unable to win either way" (ebd., S. 56), lautet denn auch die Quintessenz des elektoralen Dilemmas, wie es von Przeworski und Spraque formuliert wurde (ebd., S. 3, 55/56, 58; Przeworski 1985, S. 104 ff.; 1989, S. 63).

Die postindustriellen Wandlungstendenzen, argumentieren die beiden Autoren, hätten das Dilemma noch weiter verschärft und den „säkularen Niedergang" der Sozialdemokratie beschleunigt. Der zahlenmäßige Rückgang der Industriearbeiter hätte die Fähigkeit („carrying capacity") sozialdemokratischer Parteien begrenzt, ein Maximum an Stimmen außerhalb der Arbeiterschaft zu gewinnen und gleichzeitig nur ein Minimum an Klassenstimmen zu verlieren (Przeworski/Spraque 1986, S. 88). Denn hier schlage sich nicht nur die numerische Schrumpfung der Arbeiterschaft als solche nieder, sondern es gelte: je weniger Arbeiter unter ihren Wähler seien, um so weniger seien sozialdemokratische Parteien in der Lage, ihre Anstrengungen erfolgreich auf die Gewinnung anderer Wählergruppen zu richten (ebd., S. 83/84). Und wenn sie es dennoch versuchten, würden sie Opfer eines ehernen elektoralen trade-offs: je mehr Stimmen sie unter den Mittelschichten gewönnen, desto mehr Arbeiterstimmen würden sie verlieren. Allerdings, und dies sehen auch Przeworski und Spraque, variierten die „Opportunitätskosten" des Effekts mit der Stärke der Gewerkschaften, der Existenz von neo-korporatistischen Arrangements und der Stärke kommunistischer oder linkssozialistischer Konkurrenz um die Stimmen der Arbeiterschaft. Aber diese Faktoren wirkten nur graduell und allenfalls kurzfristig. Sie änderten nichts an der ehernen Logik des beschriebenen Dilemmas und der daraus resultierenden Schlußfolgerung: „the era of electoral socialism may be over" (ebd., S. 185). Und dies sei in einem doppelten Sinne zu verstehen: Zum einem besiegele sich der Niedergang des Akteurs Sozialdemokratie durch niedrige Wahlergebnisse, zum anderen gebiete der sozialstrukturelle Wandel der Gesellschaft den rational entscheidenden sozialdemokratischen Eliten, Abschied von traditionellen Zielen und Programmen zu nehmen, um nicht mit einer Politik für eine abnehmende Klasse passiv dem eigenen Niedergang nur zuzusehen.

Obwohl Przeworskis und Spraques Analyse weit durchdachter ist als Dahrendorfs häufig nur essayistische Geste oder die rituelle Klage der orthodoxen Marxisten über „Reformismus", „Revisionismus" und „Opportunismus" der Sozialdemokratie, kommt sie zu derselben Schlußfolgerung: der Niedergang der Sozialdemokratie sei unvermeidlich. Möglicherweise ist dies auf ein eigenartiges Paradox in Przeworskis und Spraques Erklärungsansatz zurückzuführen. Auf der einen Seite glänzt die Theorie des methodischen Individualismus mit epistemologischer Eleganz; auf der anderen Seite schützt der „rational choice"-Ansatz die beiden Autoren nicht davor, in ihrer Erklärung letztendlich einem kruden soziologischen Determinismus zum Opfer zu fallen. Denn obwohl die Autoren zugestehen, daß

Institutionen, Strategiewahlen und politische Maßnahmen durchaus Einfluß auf Erfolg und Mißerfolg sozialdemokratischer Parteien haben können, postulieren sie, daß längerfristig das durch den postindustriellen Wandel verschärfte eherne Wahldilemma den Abstieg des „elektoralen Sozialismus" irreversibel programmiere. „Ultimately", argumentieren sie, „it probably mattered relatively little whether socialist leaders did everything they could to win the elections. Their choices were limited" (ebd., S. 126). Die von Przeworski und Spraque durchaus eingeräumte Möglichkeit, daß Parteien die öffentliche Meinung beeinflussen, daß sie kollektive Identifikationen und politische Bindungen stiften können, bleibt folgenlos für die (deterministische) Schlußfolgerung.

Determinismus und universeller Geltungsanspruch sind in der Konstruktion des „rational choice"-Ansatzes methodisch vorprogrammiert. Denn sowohl das Paradigma des methodologischen Individualismus als auch der sozialstrukturelle Determinismus legen eine gewisse Vernachlässigung der unterschiedlichen politischen Institutionen, der je zu differenzierenden sozioökonomischen Strukturen und Zyklen als national variierende Opportunitätsstrukturen für politische Strategie- und Politikwahlen nahe. Dadurch entsteht eine fast zwangsläufige Tendenz zu summarischen, kontextungebundenen Konklusionen und Voraussagen. Nicht erklären kann ein solches Konstrukt die unterschiedliche Wahl von politischen Strategien und policies. Konkret: Es kann weder die Gründe für die Wahlerfolge der Sozialisten in Frankreich, Griechenland und Spanien während der vergangenen Dekade erklären, noch die Ursachen benennen, die dem come back der schwedischen, der Stabilität der finnischen, den Oszillationen der norwegischen oder dem Niedergang der dänischen Sozialdemokraten zugrunde liegen. Die Konstruktion bleibt stumm auf die Frage, warum sich in Schweden und Finnland traditionelle Wohlfahrtspolitiken für sozialdemokratische Parteien in den Wahlen auszahlten, warum Spaniens Sozialisten mit einer liberalen Wirtschaftspolitik bei den Wählern reüssierten, warum der Parti Socialiste Français erfolgreich auf eine „supraclass" Strategie einschwenkte, ohne gesicherten Rückhalt in der Arbeiterschaft zu haben,[4] und schließlich warum Griechenlands PASOK über eine etatistisch-klientelistische Wirtschafts- und Sozialpolitik Arbeiter, Mittelschichten und Teile der Landbevölkerung gewinnen konnte, obwohl sie mit einer relativ starken KP konfrontiert war.

4 Przeworski und Spraque schließen aus ihren Korrelationsanalysen zwischen Parteistrategien und Wahlergebnissen, daß die Fähigkeit einer sozialdemokratischen Partei, Stimmen aus der Arbeiterschaft zu gewinnen, negativ mit dem Erfolg unter Mittelschichtwählern korreliere, während die Fähigkeit, Stimmen aus den Mittelschichten zu erhalten, positiv mit der Stärke der Partei bei den Arbeiterwählern zusammenhängt. Deshalb könnte die Parteiführung nur dann auf eine Mobilisierung der Mittelschichten setzen, wenn sie über ausreichenden Rückhalt unter den Wählern der Arbeiterschaft verfüge.

### *3. Plädoyer für einen offenen und eklektischen Ansatz*

Die drei geschilderten „Theorien über die Sozialdemokratie" leiden an einer gemeinsamen Schwäche: an einer zu statischen Wahrnehmung der Parteien. Sie tauchen nicht im Status von Akteuren auf. Auf der einen Seite liefern sie eindringliche Analysen der sich seit den siebziger Jahren wandelnden ökonomischen und sozialen Umwelten. Aber auf der anderen Seite betrachten sie die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien schlicht als mehr oder minder passive Opfer in einer sich wandelnden Welt. Sie vernachlässigen ihre Fähigkeit, sich an die „Umwelt" anzupassen und ihrerseits auf sie einzuwirken. Sie unterschätzen die „revisionistische" Fähigkeit der Sozialdemokratie, Strategien, Ziele und Politiken im Lichte des ökonomischen Wandels zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren, um die Bedingungen ihres politischen Überlebens und Erfolges herzustellen, zumindest aber zu beeinflussen.

Zwei alternative Ansätze, die sich dem geschilderten Determinismus entziehen, möchte ich kurz erwähnen. Sie stammen aus der Feder von Gösta Esping-Andersen (1985) und Fritz Scharpf (1987), und beide lassen erkennen, daß sozialdemokratische Politik keineswegs dem sozialstrukturellen Wandel und weltwirtschaftlichen Entwicklungstrends passiv folgen muß. Es existieren durchaus aktive Möglichkeiten des politischen Handelns. Alternative Anpassungsstrategien und Adaptionsleistungen sind nicht zwangsläufig mit einem Wandel der ursprünglichen sozialdemokratischen Ziele verbunden. In Esping-Andersons „aufgeklärt-sozialstruktureller" Studie wird demonstriert, daß und wie die schwedische und norwegische Sozialdemokratie ihre Politik erfolgreich so zu modifizieren wußte, daß ein stabiles Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und Mittelschichten zustandekam. Intelligente staatliche Eingriffe, so das Argument, können Mechanismen und Resultate des Marktes gleichermaßen zum Nutzen der Arbeiter wie breiter Teile der Mittelschichten beeinflussen – mit anderen Worten, der Staatsinterventionismus ist nicht am Ende, sondern nach wie vor der Angelpunkt sozialdemokratischer Politik und die Basis für erfolgreiche und stabile soziale Allianzen. – Scharpfs „neoinstitutionelle" Untersuchung über „sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa" fragt, ob und wie es der Sozialdemokratie gelang, ihre politische Strategie auf die Beschaffenheit relevanter politischer Institutionen und die Konstellation gesellschaftlicher Machtverhältnisse einzustellen. Gelang eine solche Abstimmung, so Scharpfs Folgerung, blieben die sozialdemokratischen Parteien auch unter den Auspizien einer durch Monetarismus und Angebotsökonomie dominierten Weltwirtschaft politikfähig, ohne ihre eigenen Werte und Ziele aufzugeben.

Meine eigene Analyse lehnt sich an diesen Studien an. Ich möchte im folgenden die Politik verschiedener sozialdemokratischer Regierungen in engem Zusammenhang mit den je gegebenen nationalen „Opportunitätsstrukturen" untersuchen und zugleich das Untersuchungsfeld erweitern. Ich beziehe mich auf die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Regierungen Schwedens, Norwegens,

Finnlands, Österreichs, Frankreichs, Griechenlands und Spaniens, so daß sich der ökonomische, soziale und politische Kontext stärker unterscheidet als in Esping-Andersons 3-Länder-Vergleich (Schweden, Norwegen, Dänemark) und als in Scharpfs Analyse der 4 Länder der „etablierten" sozialdemokratischen Regierungen (Schweden, Österreich, Großbritannien, Bundesrepublik).

*Im einzelnen:* Die Hypothese vom vermeintlichen Niedergang der Sozialdemokratie werde ich auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den achtziger Jahren überprüfen.[5] Nur materiale faktische Politik, nicht Parteiprogramme werden berücksichtigt.[6] Damit sind die zu untersuchenden Länder vorgegeben: nicht behandelt werden die sozialdemokratischen Parteien Großbritanniens, Irlands, Dänemarks, der Niederlande, Belgiens und der Bundesrepublik, da sie sich während der achtziger Jahre (weitgehend) in der Opposition befanden. Ebenso in den Vergleich nicht mit einbezogen werden die Sozialisten und Sozialdemokraten Portugals, Italiens und der Schweiz; denn die portugiesischen Sozialisten regierten nur für zwei Jahre (1983-85) in einer großen Koalition mit der rechtsliberalen sozialdemokratischen Partei, ein Zeitraum, der für eine vergleichende Perspektive zu kurz ist und keine Zurechnung spezifischer Politiken zu Parteien erlaubt; das gleiche gilt, wenn auch aus anderen Gründen, für Italiens Sozialisten und die Schweizer Sozialdemokraten; beide standen im vergangenen Jahrzehnt zwar durchgängig in der Regierungsverantwortung, waren aber (im ersten Fall) nur der Juniorpartner in einer fünf-Parteien-Koalition und (im Schweizer Fall) als eine von 4 Parteien in die Konkordanzdisziplin einer Konsorzialregierung eingebunden. Auch in diesen Fällen ist die Zurechnung der Leistungen der Regierungen zu den einzelnen Parteien unmöglich.

Positiv formuliert: Meine vergleichende Untersuchung konzentriert sich auf jene sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die in den achtziger Jahren alleine oder als dominante Koalitionspartner die Regierungsgeschäfte führten: das sind die Sozialdemokraten Schwedens, Norwegens, Finnlands und Österreichs sowie die sozialistischen Parteien Frankreichs, Griechenlands und Spaniens. Diese Regierungen teile ich nach Gesichtspunkten der Ideologie, der Parteiorganisation und des Zeitfaktors in zwei Gruppen ein: (a) in die etablierten Sozialdemokratien, bestehend aus SAP (Schweden), DNA (Norwegen), SPÖ (Österreich) und SPF (Finnland)[7] sowie (b) in die „Nachzügler" Südeuropas mit PSOE (Spanien), PASOK (Griechenland) und PS (Frankreich).

Ausgangspunkt des Vergleiches sind die Regierungsprogramme der Parteien zu Beginn der achtziger Jahre. Sie sind trotz aller graduellen nationalen Unterschiede sozialde-

5 Was die Wahlergebnisse anbelangt, hat übrigens Klaus Armingeon (1989) nachgewiesen, daß die Stimmenanteile aller sozialdemokratischen Parteien der OECD-Länder in der Periode von 1973–1988 nur 0,6 % unter dem sozialdemokratischen Geamtdurchschnitt der Periode von 1945–1988 liegen: quantitativ sicherlich ein schwacher Indikator, wenn man den „säkularen Niedergang" der Sozialdemokratie belegen will.

6 Programme von Parteien in der Opposition und Politiken von Regierungsparteien erfüllen, wie bekannt, unterschiedliche Funktionen; sie treffen auf differierende Restriktionen und folgen einer je unterschiedlichen Logik. – Deshalb wäre ein synchroner Vergleich z.B. der Regierungspolitik der spanischen Sozialisten und der Programmatik der Labour Partei nur von geringer Aussagekraft.

7 In dieser Gruppe können die finnischen Sozialdemokraten als Grenzfall betrachtet werden. Ihre geringere Dominanz ist nicht zuletzt auf die relative Stärke der Kommunisten zurückzuführen. Die Tatsache jedoch, daß die SFP seit 1945 mit kurzfristigen Unterbrechungen (1954, 1958, 1962) stets die stärkste Partei im finnischen Vielparteiensystem gewesen ist und somit einen hohen „Machtquotienten" aufweist (vgl. Tabelle 1), unterstreicht die bedeutende Rolle, die diese Partei in der finnischen Nachkriegspolitik gespielt hat.

mokratisch zu nennen (u.a. Bell/Criddle 1988, S. 152/153; Axt 1985, S. 186 ff.; Merkel 1989). Explanandum ist: was waren die Bedingungsfaktoren, die zur Divergenz oder Konvergenz der tatsächlichen Politik dieser 7 Regierungen geführt haben? Anders formuliert, was ist in der „black box", die die erklärten programmatischen Absichten von der tatsächlich realisierten Politik trennt? Im einzelnen werde ich fragen:

- Ist in der sozialdemokratischen Regierungpolitik eine Abgabe staatlicher Steuerungskompetenzen an den Markt zu erkennen?
- Haben sich Ziele und Methoden staatlicher Interventionen gewandelt?
- Wie lassen sich die unterschiedlichen Steuerungspräferenzen erklären, die sich im einen Fall mehr auf den Markt, im zweiten mehr auf den Staat, im dritten stärker auf korporatistische Lösungen konzentrieren?
- Wie haben diese unterschiedlichen Präferenzen das wirtschaftliche „sozialdemokratische" Leistungsprofil der einzelnen Regierungen beeinflußt?
- Und insgesamt: Welche Gültigkeit können die „Niedergangshypothesen" hinsichtlich der faktischen sozialdemokratischen Politikentwicklung in der letzten Dekade beanspruchen?

## 4. *Gibt es einen Niedergang sozialdemokratischer Politik in den achtziger Jahren?*

Es liegt in der Logik des neoliberalen und (neo)konservativen Arguments der Anspruchsüberlastung von Wirtschaft und Staat durch sozialdemokratische Wohlfahrtsregimes, die deutlichste Erosion wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leistungsvermögens dort zu erwarten, wo die dichteste staatliche Regulierung der Wirtschaft vorliegt: in den Nordischen Ländern und in Österreich. Marxisten müßten umgekehrt erwarten, daß die radikaleren Arbeiterbewegungen in Frankreich, Griechenland und Spanien (mit dominierenden kommunistischen Gewerkschaften, relevanten KP's und radikaleren sozialistischen Parteien) erfolgreicher für progressive Sozialreformen mobilisieren konnten als die „kollaborationsbereiten" sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich.

Der „rational choice plus Sozialstruktur"-Ansatz wiederum ist gegenüber einer solchen „Nord" – „Süd" Differenzierung relativ indifferent. Ihm zufolge müßten sich die Unterschiede innerhalb der Sozialdemokratie längerfristig auflösen und insgesamt von sozialen Reforminhalten wegbewegen. Denn angesichts des Schwindens der traditionellen Arbeiterschaft und des Anwachsens der Mittelschichten sähen sich die rational entscheidenden Eliten sozialdemokratischer wie sozialistischer Parteien gezwungen, ihre Politik auf die Bedürfnisse der Mittelschichten hin zu orientieren, um die aus dem „elektoralen Dilemma" entstehenden „Trade off"-Verluste gering zu halten. Dies müßte besonders in den gewerkschaftlich hochorganisierten, neokorporatistischen Ländern ohne starke linke Parteienkonkurrenz sichtbar werden, denn dort sei die gewerkschaftlich gebundene „institutionalisierte" Loyalität der Arbeiter ebenso stark wie alternativlos. Wie ich zeigen werde, ist die Realität nicht nur viel komplexer, sondern falsifiziert geradezu die geschilderten Erwartungen des generellen Niedergangs.

## 4.1 Die Widerstandsfähigkeit der etablierten Sozialdemokratie

Betrachtet man die beiden konstitutiven Ebenen des „Keynesianischen Wohlfahrtsstaates" – die staatliche Steuerung des marktwirtschaftlichen Geschehens und die staatliche Bereitstellung sozialer Güter und Dienstleistungen oder monetärer Transfers (Schmitter 1988, S. 503) –, lassen sich summarisch folgende Fakten nennen: Auf der Ebene der „sozialpolitischen Versorgung" zeichnen sich die drei nordischen Staaten in den achtziger Jahren durch eine große Homogenität der wohlfahrtsstaatlichen Ziele und Instrumente aus. Ein Abrücken vom universalistischen Prinzip des Wohlfahrtssystems ist nirgendwo zu erkennen. Im Falle Schwedens und Norwegens liegt dies in der politischen Kontinuität der vergangenen Jahrzehnte; Finnland dagegen hat sich erst in den letzten 15 Jahren dem wohlfahrtsstaatlichen Prinzip und Standard seiner beiden Nachbarn angenähert (Kosonen 1988; Pekkarinen 1988). Auf der Ebene der wirtschaftlichen Steuerung kam es weder zu einem Rückzug des Staates noch zu einer substantiellen Erosion des neokorporatistischen Arrangements. Was sich faktisch in den achtziger Jahren änderte, war nicht der Umfang staatlicher Interventionen, sondern deren Steuerungsrichtung und Ansatzpunkte. Insbesondere die sozialdemokratischen Regierungen Schwedens (nach 1982) und Norwegens (1986) verstärkten ihre Anstrengungen zugunsten der Angebotsseite, um über steuerpolitische Anreize und Subventionen Investitionen anzuregen und in bestimmte Wachstumssektoren zu lenken (Steinmo 1988; Financial Times Survey: Norway 08.05.1989). Finnlands Regierung leistete sich dagegen seit Ende der siebziger Jahre trotz der Diagnose vieler Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (Ende des Keynesianismus!) die Schrulle, von einer prozyklischen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vorsichtig auf Keynesianische Strategien einer Nachfragesteuerung einzuschwenken (Andersson 1987; 1988; Pekkarinen 1989). Die finnische Entwicklung und wichtige Elemente der schwedischen Wirtschaftspolitik zeigen, daß auch in den achtziger Jahren begrenzte Möglichkeiten keynesianischer Steuerung durchaus weiter bestanden. Alle drei nordischen Regierungen verfolgten in diesem Zeitraum einen ausgeglichenen „Mix" von angebots- und nachfrageorientierter Politik. Infolge dieser Konvergenz erscheint die Kennzeichnung „interventionistische Wohlfahrtsstaaten" für die genannten Länder angemessener als die noch für die sechziger und siebziger Jahre zutreffende Typisierung „Keynesianischer Wohlfahrtsstaat".

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre stieß allerdings die Strategie der nordischen Regierungen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften durch konzertierte Währungs- und Einkommenspolitiken zu stärken, auf spürbare Grenzen. Die international „erzwungene" partielle Deregulierung der nationalen Finanzmärkte schränkte auch in den nordischen Ländern die Möglichkeit ein, die Paritäten der nationalen Währungen national zu kontrollieren. Die in der Vergangenheit meist erfolgreich praktizierten Abwertungen der eigenen Währungen werden in Zukunft nicht mehr so flexibel eingesetzt werden können (Mjøset 1988). Insbesondere für Norwegen könnte die Liberalisierung der Kredit-

märkte zu einer Einbuße staatlicher Steuerungspotentiale führen, da hier die verstaatlichte Kreditwirtschaft in der Vergangenheit eine bedeutende Rolle in der staatlichen Wirtschaftssteuerung gespielt hat („Kreditsozialismus"). In Verbindung mit dem bis in die Mitte der achtziger Jahre anhaltenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der Industrie – verschleiert allerdings durch die hohen Revenuen aus der Ölförderung – könnte dies zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Zukunft führen, die den sozialdemokratischen Charakter von Norwegens Staat und Gesellschaft einschränken. Die forcierte Restrukturierung der norwegischen Industrie unter Gro Harlem Brundtland nach 1986 war zwar weder durch einen Rückzug staatlicher Aktivitäten gekennzeichnet, noch führte sie zu Einsparungen in der Sozialpolitik. Allerdings kam es durch das Einfrieren der Löhne für ein Jahr (1988/89) zuletzt zu realen Lohneinbußen. Darüber hinaus stieg die Arbeitslosigkeit (1988) auf die international zwar niedrige, für Norwegen aber ungewöhnliche Höhe von 3,2 % (Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik Juli 1989, S. 2). Auch ein umfangreiches Paket arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen konnte die sozialdemokratischen Wählerverluste 1989 nicht verhindern. Noch bevor die norwegischen Sozialdemokraten die Früchte ihrer Restrukturierungspolitik ernten konnten, wurden sie von einer Mitte-Rechts Minderheitsregierung abgelöst.[8]

Auch wenn sich in Norwegen für die Zukunft möglicherweise leichte Erosionstendenzen am sozialdemokratischen Politikmodell abzeichnen, widerspricht die Hauptentwicklung in den drei nordischen Ländern der „linearen Niedergangshypothese" sehr klar. In jedem der drei Länder kam es zu einer Festigung oder gar Ausdehnung (Finnland) des Wohlfahrtsstaates, die Arbeitslosigkeit blieb von 1980–1988 mit 3,3 % deutlich unter dem OECD- (7,7 %) oder EG-Durchschnitt (9,8 %), und beides verhinderte weder Wachstum noch Produktivitätsfortschritt. Dies ist vor allem auf die enge Koordinierung von Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik zurückzuführen, die in Skandinavien gleichzeitig auf wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind. So wurde ein Teil der nominalen Lohnzuwächse durch die stark progressive Lohnsteuer (v.a. in Schweden und Norwegen) weggesteuert und dazu verwendet, produktive Investitionen im privaten Sektor zu fördern, Beschäftigung im öffentlichen Sektor auszudehnen und weitere sozialpolitische Maßnahmen zu finanzieren. Im Bereich der Kapitalbesteuerung wurden umgekehrt nicht einfach Gewinne, sondern gezielt Investitionen steuerlich privilegiert (Steinmo 1988, S. 426/427; Kosonen 1989). Auch die in Schweden für 1990 und 1991 angekündigte Steuerreform – eine Senkung der Einkommensteuer und eine Erhöhung der Grund-, Boden-, Vermögens- und Kapitalgewinnsteuern – folgt der traditionell ausgewogenen Strategie einer Syn-

8 Die Sozialdemokraten verloren überraschend 6,5 % ihrer Wähler. Obwohl die Verluste der konservativen Höyre mit 8,3 % noch deutlicher waren, konnte diese mit parlamentarischer Stützung der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (Zuwachs von 9,3 % auf 13 %) mit dem bäuerlichen Zentrum und der christlichen Volkspartei eine Minderheitsregierung bilden. Gewinner waren auch die Linkssozialisten, deren Wähleranteil um 4,6 % auf 10 % zunahm (FAZ vom 13.09.1989).

these von Egalitäts- und Produktivitätszielen (Financial Times 14.04.1989; NZZ 15.11.1989).

Die Rückkehr der schwedischen Sozialdemokraten in die Regierung im Jahr 1982 – mit ihrer erfolgreich praktizierten Politik einer egalitären Lastenverteilung der von den bürgerlichen Regierungen (1976–1982) verschleppten wirtschaftlichen Restrukturierung (Hinrichs/Merkel 1987) und mit der Kontinuität der auf Vollbeschäftigung und universalistische Wohlfahrt ausgerichteten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – demonstriert die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des sozialdemokratischen Modells speziell in Schweden (Martin 1987; Millner 1989, S. 220; Heseler 1989). Auch das Einschwenken der Regierung Finnlands auf den sozialdemokratischen „policy mix" von keynesianischer Steuerung, neokorporatistischen Arrangements und universalistischer Sozialpolitik (Pekkarinen 1988; 1989; Kosonen 1988) zeigt deutlich, daß weder der Sozialstaat, noch seine ausgeprägteste Form, der „sozialdemokratisch-interventionistische Wohlfahrtsstaat" aufgrund von vermeintlich nicht auflösbaren inneren Widersprüchen und Konstruktionsproblemen zum Niedergang verurteilt ist. Dies bedeutet nicht, daß sich in der Politik der skandinavischen Sozialdemokratie nichts geändert hätte. Doch der Wandel auf der Ebene der wirtschaftspolitischen Steuerung war ein „sozialdemokratischer Wandel", er führte nicht zu Abstrichen an der Vollbeschäftigungs- und Sozialpolitik oder gar zu Umschichtungen in der Einkommensverteilung von unten nach oben.

Norwegen wird sich vielleicht in Zukunft zu einem Grenzfall in der Gruppe der „etablierten Sozialdemokratie" entwickeln. Dieser Trend ist in Österreich schon seit Mitte der achtziger Jahre sichtbar. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts sind hier zwei Säulen des in den siebziger Jahren noch so erfolgreichen Konzepts des „Austro-keynesianismus" (Scharpf 1987) brüchig geworden: Das rasch angestiegene Haushaltsdefizit schränkte den fiskalpolitischen Spielraum der Regierung empfindlich ein, gleichzeitig machten die hohen Verluste der verstaatlichten Industrien deren Modernisierung unumgänglich. Entlassungen wurden vorgenommen, die nationalisierten Betriebe sind seither zunehmend am betriebswirtschaftlichen Renditekalkül orientiert; sie verloren damit ihre beschäftigungspolitische Funktion einer Arbeitskrafthortung (Winckler 1988). Ironischerweise blieb allein die dritte Säule des „Austro-keynesianismus" unversehrt: die über die Ankopplung des Schillings an die D-Mark importierte Hartwährungspolitik stand niemals zur Disposition.

Der Wandel vom „Austro-keynesianismus" zur „Austro-austerität" (Gerlich/Grande/Müller 1988, S. 214) wurde durch die Bildung der Großen Koalition 1986 beschleunigt. Dabei haben Haushaltskonsolidierung, Privatisierung und die Anpassung des verstaatlichten Sektors an die Kriterien der Markteffizienz, wie erwartet, zu negativen Effekten auf dem Arbeitsmarkt und zu Einschränkungen in der Sozialpolitik geführt (Müller 1988; Pelinka 1988; Gerlich/Müller 1989). Die SPÖ hat bisher keine funktional äquivalenten Politiken entwickeln können, um die fehlenden „sozialdemokratischen Effekte" der expansiven Fiskalpolitik und

die beschäftigungspolitische Funktion des verstaatlichten Sektors zu ersetzen. Gleichzeitig begann sich innerhalb der Sozialpartnerschaft, trotz der hohen Stabilität ihres Kernbereiches, die interne relative Gewichtsverteilung zwischen Staat-Gewerkschaften-Privatkapital zu verschieben; denn mit den achtziger Jahren eröffneten sich für die Kapitalseite gewisse Handlungsoptionen auch jenseits neokorporatistischer Arrangements: als Folge nahm die Anzahl der über die Sozialpartnerschaft gesteuerten Politikbereiche spürbar ab (Gerlich/Grande/Müller 1988, S. 218); parallel dazu büßten die Organisationen der Arbeitskraft ihre „funktionale Hegemonie" (Traxler 1987, S. 70) zusehends ein. Da überdies die Sozialdemokraten infolge der rechtspopulistischen Wende der Freiheitlichen Partei ihren Koalitionspartner verloren und seit 1986 mit der sich neoliberalisierenden ÖVP in einer Großen Koalition regieren müssen, wurde die Versuchung größer, die Wirtschaftspolitik stärker am Markt auszurichten. Wenn Finnland und Schweden das dynamische Potential des Neokorporatismus dokumentieren, so illustriert Österreich, im Sinne der Verteilungskoalitionen von Olson (1982) dessen „Modernisierungsfallen" (vgl. Glyn/Rowthorn 1988, S. 194 ff.). Aber auch im Österreich der neunziger Jahre muß abgewartet werden, ob sich die Tendenzen zu mehr Markt, weniger Staat und zu abnehmender sozialer Gerechtigkeit fortsetzen oder sich eine erneute sozialdemokratische Wende einstellen wird – z.B. wenn die Konjunktur anzieht, die Wirtschaft erfolgreich modernisiert ist und zugleich der Niedergang der ÖVP anhält.

## 4.2 Das Scheitern sozialdemokratischer Politik in Südeuropa

Die Partei- und Regierungsprogramme zeigen, daß die sozialistischen Parteien Südeuropas zu Beginn der achtziger Jahre mit radikalen (PS, PASOK) und mit gemäßigten sozialdemokratischen Programmen (PSOE) die Regierungsmacht übernahmen. Aber einmal an der Macht gelang es weder dem Parti Socialiste Français, noch der PASOK, noch dem PSOE, ihre linksreformistischen Absichten zu realisieren oder gar den „idealen" sozialdemokratischen Steuerungsmix von Markt, Staat und Neokorporatismus zu etablieren. Jede der drei sozialistischen Regierungen schlug eigene Wege ein – mit unterschiedlichen Erfolgen.

In den beiden Legislaturperioden der griechischen PASOK-Regierung kann nicht von einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft gesprochen werden. Die staatlichen Interventionen nahmen vielmehr an Umfang zu, waren allerdings nach 1985 kaum mehr an linksreformistischen Zielen orientiert, sondern folgten dem Muster eines staatsbürokratisch organisierten Klientelismus (Mouzelis 1987, S. 274). Das allgemeine Leistungsprofil von acht Jahren PASOK-Wirtschaftspolitik ist weitgehend negativ: Für die Jahre 1982–1988 lagen das durchschnittliche Wirtschaftswachstum mit 1,4 % deutlich unter dem Schnitt der OECD-Länder (3,1 %) und die durchschnittliche Inflationsrate mit 18,4 % deutlich darüber (4,3 %); die Zahlungsbilanz zeigte durchgehend negative Salden, und die Staatsverschuldung

überstieg 1989 das Volumen des Bruttoinlandprodukts (OECD Economic Surveys Greece 1982–1989). Allerdings lassen einige der für Sozialdemokraten besonders wichtigen Indikatoren auch eine deutlich positivere Bilanz erkennen: Zwar wuchs die Arbeitslosigkeit von 4,0 % (1981) auf 8 % (1988), lag aber für diese Periode mit 6,1 % im Durchschnitt immer noch unter dem Schnitt von OECD (7,8 %) und EG (9,8 %). Die Reallöhne gingen nicht zurück, und selbst die Austeritätspolitik nach 1985 konnte die vorangegangenen jährlichen Zuwachsraten von 3,3 % nicht mehr neutralisieren. Da überdies die unteren Lohngruppen über eine Indexierung voll gegen Inflationsverluste geschützt waren, haben sich unter der PASOK-Regierung auch die Lohndifferentiale angenähert (Kasakos 1988). Die deutliche Erhöhung der Sozialausgaben, die Ausdehnung der Sozialversicherungen auf die Landbevölkerung, der Aufbau eines nationalen Gesundheitsdienstes und die Gesetze zur Gleichstellung der Frauen sind ebenfalls auf der Haben-Seite der PASOK-Regierung zu verbuchen (Axt 1985; Tzannatos 1986). Allerdings basierten diese Reformen nicht auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage und entsprangen nicht selten klientelistischen Motiven. So wäre diese Reformpolitik auch ohne die „Abwahl" PASOKs aus der Regierung infolge hoher Staatsverschuldung und Verstrickung in politische Korruption nicht mehr zu finanzieren gewesen. Es ist nicht zuletzt diese Perspektive, aus der das Experiment des „panhellenischen Sozialismus" als gescheitert angesehen werden muß.

Das Scheitern der ehrgeizigen Umverteilungsziele des „linkskeynesianistischen Experiments Mitterrand" mit ihren Etappen 'Redistribution' (1981/82), 'Rigueur' (1983/84) und 'Relance' (1985/86) ist hinreichend analysiert worden (u.a. Hall 1986; Ross/Hoffmann/Malzacher 1987; Singer 1988; Uterwedde 1988). Festzuhalten bleibt hier, daß auch für Frankreichs Sozialisten bis 1986 der Staat als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument keineswegs entzaubert war: Während die erste Regierung Mauroy (1981–83) auf staatlich induzierte Nachfragestimulierung setzte, unterstützte die Regierung Fabius (1984–86) die industrielle Restrukturierung mit staatlicher Planung und angebotsseitigen Anreizen. Auch hier gilt, daß sich weniger der Umfang staatlicher Steuerung, als die Eingriffsmotive und die Steuerungsziele verändert haben.

Der traditionell dirigistische Etatismus hinderte die französischen Sozialisten daran, die Bedeutung einer aktiven Einbeziehung der großen kollektiven gesellschaftlichen Akteure – der Unternehmerverbände und Gewerkschaften – in die Konzertierung und Implementation von Reformpolitiken klar zu erkennen (Jansen 1987). Noch verhängnisvoller für die reformpolitischen Ziele erwies sich die Unterschätzung der Restriktionen, die die Internationalisierung der Güter- und Kapitalmärkte für eine in EG und EWS integrierte Volkswirtschaft aufwirft (Cameron 1988; Uterwedde 1988): Der angebotsorientierte Wirtschaftskurs der drei dominanten Ökonomien USA, Japan und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland führte zu einem Importsog und einer dramatischen Verschlechterung der Außenhandelsbilanzen – und beendete das Experiment des Keynesianismus in einem Lande.

Die Lehre, die die Mehrheit in der sozialistischen Partei Frankreichs aus dieser Erfahrung zog, versinnbildlicht sich zu Ende der achtziger Jahre in der Politik der Regierung Rocard. Rocard gibt dem Markt die unangefochtene Dominanz in der Alloziierung der ökonomischen Ressourcen, benützt den Fiskalstaat jedoch zu vorsichtigen sozialpolitischen Korrekturen der durch den Markt produzierten gesellschaftlichen Ungleichheiten. Beispiele dafür sind in den Gesetzesmaßnahmen zur Erhöhung der Mindestsozialleistungen zu erkennen, in der verstärkten Berücksichtigung der Unterprivilegierten in der Bildungspolitik und in der Besteuerung größerer Vermögen. Ohne eine Wiederverstaatlichung der unter der bürgerlichen Chirac-Regierung (1986–1988) reprivatisierten Firmen zu betreiben, beschränkt sich die gegenwärtige sozialistische Minderheitsregierung wirtschaftspolitisch nun auf selektive Konjunktursteuerung und gezielte industriepolitische Eingriffe.

Die sozialistische Regierung Spaniens hat aus dem Scheitern der linkskeynesianischen Politik ihrer Schwesterparteien in Frankreich und Griechenland gelernt. Der Außenhandels- und Währungsfallen für eine offene und nur bedingt wettbewerbsfähige Volkswirtschaft auf globalen Märkten bewußt, orientierte die sozialistische Einparteienregierung ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik von Anfang an an den gegebenen außen- und binnenwirtschaftlichen Restriktionen. Begrenzt in ihren wirtschaftspolitischen Optionen durch das im westeuropäischen Vergleich niedrige nationale wirtschaftliche Entwicklungsniveau – und den durch den EG-Eintritt und die geplante Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 zusätzlich ausgelösten Modernisierungsdruck – und abgesichert durch eine absolute Parlamentsmehrheit, haben Spaniens Sozialisten die Linien innerhalb der Steuerungstrias Staat-Markt-neokorporatistische Selbstbindung neu gezogen. Und sie taten dies, verglichen mit den traditionellen Sozialdemokratien Westeuropas, zugunsten des Marktes. Sie schlossen unrentable Betriebe, begannen den Arbeitsmarkt zu deregulieren und privatisierten Teile staatlicher Betriebe. Die unmittelbare Unternehmerrolle des Staates wurde reduziert. Industrielle Modernisierung rangierte vor Beschäftigungssicherung. Betont wurde nunmehr die allokative Rationalität des Marktes, hervorgehoben die individuelle Aufstiegsmobilität. Die Preisgabe staatlicher Handlungsprärogativen war unverkennbar. Als Folge verlor das Ziel sozialer Gerechtigkeit an Boden, wenn sich der Schutz kollektiver Rechte und die Effizienz des Marktes aneinander rieben (Merkel 1989). Der Versuch, die sozioökonomischen Pakte (1977–1986) einseitig zugunsten der Privatinvestoren zu instrumentalisieren (Martínez-Allier 1987; Pérez Díaz 1987), unterstreicht die klare marktwirtschaftliche Präferenz des PSOE.

## 5. *Etablierte Sozialdemokratie und südeuropäischer „Sozialismus" – oder warum gibt es keinen Sozialismus in Südeuropa?*

Worauf lassen sich die unterschiedlichen Wege der traditionellen Sozialdemokratie und der „jungen" sozialistischen Regierungen Südeuropas zurückführen? Welche Faktoren erklären die Stabilität der sozialdemokratischen Politik in Schweden und (mit Einschränkungen bis zum Regierungsverlust 1989) in Norwegen, wodurch wurde die „Sozialdemokratisierung" der finnischen Politik möglich und worauf ist die vorsichtige Wende der regierenden Sozialdemokraten Österreichs zurückzuführen? Wie läßt sich das Scheitern sozialistischer oder sozialdemokratischer Reformen in Südeuropa erklären? Kurz, warum gibt es immer noch eine Dominanz sozialdemokratischer Politik in Nordeuropa und warum keinen „Sozialismus" in Südeuropa?

Dahrendorfs summarisch-apodiktische These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" trägt zur Aufklärung der offensichtlich divergierenden Strategien nichts bei. Aber auch Przeworskis und Spraques Niedergangshypothese, ins Gewand der rational choice gehüllt, scheitert am Anspruch ihrer monokausalen Erklärungsästhetik; der zahlenmäßige Rückgang der Industriearbeiterschaft übersetzte sich weder automatisch in sozialdemokratische Wählerverluste, noch verursachte er aufgrund rationalen, wahlstrategischen Kalküls eine Abwendung von sozialdemokratischen Ziele und Politikinhalten. Przeworskis und Spraques Niedergangslogik wurde faktisch gebrochen durch den spezifischen Einfluß von Organisationen, Institutionen, kulturellen Faktoren, durch politische Erblasten, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenzbedingungen im jeweiligen Parteiensystem. Das heißt, Strukturen und Akteure wirkten ihrerseits als „intervenierende Variablen" auf eine Entwicklung ein, in der sie „theoretisch" nicht vorgesehen waren. Berücksichtigt man die genannten Faktoren, um die „Nord" – „Süd" Differenzen zu erhellen, läßt sich ein konfiguratives Erklärungsraster mit fünf Variablen aufstellen:

### 1. Ökonomische Variablen

*(a) Entwicklungsniveau und Wettbewerbsfähigkeit:*[9] Das hohe ökonomische Ausgangsniveau und die mittlere bzw. hohe Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen und finnischen Wirtschaft, ihre erfolgreiche Anpassung an geänderte Weltmarktbedingungen und das gute ökonomische Leistungsprofil in den achtziger Jahren bildeten die Grundlage für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung (in Schweden)

9 Das ökonomische Entwicklungsniveau wird hier mit dem Indikator des BIP per Capita gemessen. Die Wettbewerbsfähigkeit in kleinen und offenen Ökonomien messe ich auf der Kostenseite mit der Entwicklung der Lohnstückkosten und auf der Output-Seite mit der Export-Quote am BIP.

*Tabelle 1: Durchnitts-BIP per Capita für 1980–1987 (zu laufenden Preisen und jeweiligen Wechselkursen, in US $)*

| Land | US $ |
|---|---|
| Norwegen | 14.864 |
| Schweden | 13.696 |
| Finnland | 12.002 |
| Frankreich | 11.148 |
| Österreich | 10.214 |
| Spanien | 5.128 |
| Griechenland | 3.844 |

bzw. die deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit (in Finnland) sowie für die Fortschreibung und Ausdehnung der sozialpolitischen Leistungen in beiden Ländern. Die (von der bürgerlichen Regierung 1981–1986) verzögerte industrielle Restrukturierung in Norwegen, die aufgeschobene Anpassung in Österreich unter Vernachlässigung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik führten in beiden Ländern zu Wettbewerbsnachteilen und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie, im Falle Österreichs, auch zu Einschränkungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.

Während sich Frankreich hinsichtlich des BIP per Capita auf vergleichbarem Niveau mit Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich befindet, beträgt dieses in Spanien weniger als die Hälfte und in Griechenland weniger als ein Drittel des pro-Kopf-Anteils in den vier Ländern der etablierten Sozialdemokratie. Alle drei sozialistischen Regierungen Südeuropas hatten mit Wettbewerbsschwächen ihrer Volkswirtschaften zu kämpfen. Das gilt insbesondere für Griechenland und Spanien (mit Einschränkungen auch für Frankreich gegenüber den drei dominanten Ökonomien USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland). Der Modernisierungszwang ließ den regierenden Sozialisten wenig Spielraum für Umverteilungen oder kostspielige wohlfahrtsstaatliche Reformen. Die Tatsache, daß die drei Südstaaten, anders als die vier Länder der etablierten Sozialdemokratie, Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, dürfte ihren Handlungsspielraum zusätzlich eingeengt haben. Denn obwohl Griechenland und Spanien bisher deutlich ihre Mitgliederbeiträge übersteigende Zuwendungen von der EG erhalten haben, zählen beide Länder hinsichtlich der ungleich wichtigeren Export- und Importentwicklung im Vergleich zu den übrigen Ländern der Gemeinschaft zu den Verlierern der EG (zu der es für sie freilich keine Alternative gibt). Frankreich mußte 1982 und 1983 seine Mitgliedschaft im EWS mit einer fundamentalen Einschränkung der nationalen Souveränität über die Währungspolitik bezahlen. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der währungspolitische Spielraum der Regierung Mauroy schon allein durch die fundamentalen Außenhandelsungleichgewichte stark eingeschränkt.

*(b) Größe und Funktion des verstaatlichten Sektors:* „Nationalization did not matter"! Ein ausgedehnter verstaatlichter Industrie- und Bankensektor erwies sich nicht als strategische Ressource, um die sozialdemokratischen Ziele einer egalitär orientierten Gesellschaft mit universeller sozialer Wohlfahrt, Vollbeschäftigung, gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung und Formen der Wirtschaftsdemokratie zu erreichen. Die französische Linksregierung war weder willens noch in der Lage, den verstaatlichten Kreditsektor (1982: 86 % der Einlagen) und die nationalisierte Industrie (1982: 24 % der Beschäftigten) für diese Ziele wirkungsvoll einzusetzen (Hall 1987; Uterwedde 1988). Sieht man von den industriepolitischen Modernisierungseffekten ab, blieb die Verstaatlichung unter Mitterrand im wesentlichen nur ein Akt symbolischer Politik.

Die griechischen Sozialisten unterlagen der Versuchung, ihren im westeuropäischen Vergleich mittelgroßen verstaatlichten Sektor „verteilungspolitisch" für massenklientelistische Zwecke zu funktionalisieren. Darüber hinaus mißbrauchten sie ihn als Experimentierfeld staatsautoritärer Regulierung von Streiks.

Österreichs Sozialdemokraten benutzten die „Verstaatlichten" zu lange, um überzählige Arbeitskräfte zu horten. Als sie dann Mitte der achtziger Jahre infolge hoher Defizite und skandalösen Managements gezwungen waren, den verstaatlichten Sektor zu rationalisieren, verlor er seine passiv beschäftigungssichernde Funktion. Zugleich offenbarte sich die Verwundbarkeit des austrokeynesianischen Konzeptes, da es keine funktionalen Äquivalente (z.B. aktive Arbeitsmarktpolitik) anzubieten hatte.

Daß auch diese Erfahrungen sich nicht zu einem universell gültigen negativen Verdikt generalisieren lassen, zeigt das Beispiel Norwegens. Die norwegische Arbeiterpartei benutzte den verstaatlichten Kreditsektor in den sechziger und siebziger Jahren erfolgreich zur Investitionssteuerung („Kreditsozialismus"). Und Statoil, Norwegens großer staatlicher Mineralölkonzern, bringt dem norwegischen Fiskus vergleichsweise mehr Einnahmen, als der britische Staat aus den privaten Ölkonzernen in Großbritannien herausziehen kann.

Aber trotz dieses Beispiels, trotz begrenzter industriepolitischer Erfolge in Frankreich und Finnland, zeigt der Vergleich unserer sieben Untersuchungsfälle, daß der „funktionale Sozialismus" (Adler-Karlsson 1967) der schwedischen Sozialdemokratie – mit seinem kleinen aber effizienten Staatssektor – sich als weniger verwundbar gegenüber den „supply side" Imperativen der achtziger Jahre erwies. Dies nährt erneut Zweifel (Crossland 1963; Thomas 1986; Tilton 1987), ob Verstaatlichungen ein sinnvolles oder gar notwendiges Instrument linksreformistischer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sind. Eine Verstaatlichungspolitik, die eine öffentliche Kontrolle der Wirtschaft nicht vorsieht, verliert vieles von der ihr zugedachten progressiven Zweckbestimmung. Wenn sie sich zudem als verwundbar oder gar erfolglos in der Beschäftigungs-, Regional- und Strukturpolitik erweist, droht ihr vollends die „raison d'être" abhanden zu kommen.

## 2. Größe, Rolle und Anspruchsprofil der Mittelschichten

Da in Frankreich, Griechenland und Spanien auch in den achtziger Jahren beachtliche Teile der Industriearbeiterschaft kommunistisch wählten,[10] benötigen die südeuropäischen Sozialisten relativ starke Stimmenanteile aus den Mittelschichten, um regierungsfähige Mehrheiten zu gewinnen. Jedoch anders als in den wirtschaftlich und sozial hochentwickelten Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas, sind die Mittelschichten Südeuropas in weit geringerem Maße von den sozialen Leistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten des Wohlfahrtsstaates abhängig, einfach weil dort beides nur in bescheidenem Umfang und auf niedrigem Niveau angeboten wird. Frankreich gleicht hier stärker den Ländern der „etablierten Sozialdemokratie". Für die neuen aufsteigenden Mittelschichten Spaniens und Griechenlands indes bietet ein dezidiertes Umverteilungsprogramm und der Aufbau eines umfassenden Wohlfahrtsstaates wenig Anreiz. Sie sind stärker an unmittelbarem privatem Konsum als an kollektiver wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in der Zukunft orientiert, zumal sie unter den ökonomischen Bedingungen der achtziger Jahre den Aufbau eines starken Steuer- und Wohlfahrtsstaats zu Recht als ein Nullsummenspiel betrachteten. Sie hätten unmittelbar mehr zu seiner Entstehung aufwenden müssen, als kurz- oder mittelfristig von ihm hätte profitiert werden können. Während es für die sozialdemokratischen Regierungen der nordischen Wohlfahrtsstaaten auch hinsichtlich der Wählerstimmenmaximierung eine rationale Strategie war, den Wohlfahrtsstaat zu erhalten oder auszubauen, erwies sich die PSOE-Politik der marktwirtschaftlichen Modernisierung Spaniens (bei relativer sozialpolitischer Zurückhaltung) durchaus als funktional, um Wählerstimmen aus den aufsteigenden Mittelschichten zu gewinnen. Als haushaltspolitisch katastrophal, aber unter wahlstrategischen Gesichtspunkten als erfolgreich, zeigte sich PASOKs Politik des bürokratischen Massenklientelismus, der mit der Aufblähung eines parasitären Administrationsapparates große Teile der akademischen Mittelschichten interessenspolitisch an sich band. Für beide sozialistischen Regierungen boten sich also jenseits traditioneller sozialdemokratischer Reformen Politikoptionen an, die zumindest kurzfristige Wahlprämien versprachen.

## 3. Gesellschaftlich-institutionelle Variablen

*(a) Industrielle Beziehungen:* Trotz aller Zusammenbruchs- und Erosionsszenarien (u.a. Glucksmann/Therborn 1982; Lash 1985; Panitch 1986) und trotz tatsächlicher „Konzertierungsprobleme" gelingt es den hochorganisierten und zentrali-

10 Finnland ist in der Ländergruppe der „etablierten" Sozialdemokratie diesbezüglich eine Ausnahme. Der traditionelle kommunistische Wählerverbund SKDL (9,4 %) und die stärker reformorientierte DEVA (4,3 %) konnten 1987 mit 13,7 % der Wählerstimmen auch viele Wähler aus den Kernbereichen der Industriearbeiterschaft binden (Berglund 1988).

sierten Gewerkschaftsverbänden der vier Länder der „etablierten Sozialdemokratie" immer noch, ihre Mitgliedschaft davon zu „überzeugen", daß eine konzertierte Einkommens-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sich zum Nutzen aller Beteiligten auswirkt. Die Rückkehr der schwedischen LO und des Arbeitgeberverbandes SAF zu zentralen Lohnverhandlungen (1988) und der Aufbau neokorporatistischer Strukturen in Finnland seit den siebziger Jahren sind nur zwei Beispiele dafür, daß die prognostizierte Erosion von sozialen Institutionen und gesellschaftlichen Arrangements keineswegs unaufhaltsam oder unumkehrbar ist.

Trotz der Unterschiede zwischen den drei südeuropäischen Ländern kann man für sie gemeinsam feststellen, daß die industriellen Beziehungen dort viel stärker dezentralisiert, fragmentiert und konfliktreich sind als in Österreich und den nordischen Ländern. Eine wirtschafts- und einkommenspolitische Konzertierung war daher unwahrscheinlich und wurde (mit der zeitweisen Ausnahme Spaniens, 1977–1986) auch gar nicht erst versucht. Sie war für die sozialistischen Regierungen schon deshalb keine naheliegende Option, da weder der PS, noch PASOK, noch der PSOE vergleichbare „organische" Beziehungen zu den Gewerkschaften haben wie ihre „etablierten" Schwesterparteien. Weder sind sie die exklusiven politischen Repräsentanten der organisierten Arbeiterschaft, noch ist die organisierte Arbeiterschaft in ihren Ländern so stark, so geeint und so repräsentativ wie in den 4 Vergleichsländern. Aus diesem Grunde „erfreuten" sich die südeuropäischen sozialistischen Regierungen einer größeren „relativen Autonomie" (Cameron 1988) *von* den Interessen der Arbeiter als ihre sozialdemokratischen Schwesterparteien in Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich.

*(b) Typus des Wohlfahrtsstaats:* Die Existenz eines ausgedehnten Wohlfahrtsstaates, politisch zweifellos am engsten assoziiert mit den Sozialdemokraten, erwies sich insbesondere in der Doppelfunktion, Distributionsinstanz und Arbeitgeber zu sein, als bedeutsamer Stabilisationsfaktor traditioneller sozialdemokratischer Politik. Gerade die besondere Konstruktion der Wohlfahrtssysteme Schwedens, Norwegens und Finnlands – nicht überwiegend auf monetären Transfers aufgebaut, sondern Sozialpolitik wesentlich auch als kollektive Bereitstellung sozialer Güter und Dienstleistungen praktizierend – macht den nordischen Wohlfahrtsstaat als Arbeitgeber bedeutsam. Da die im öffentlichen Wohlfahrtssektor Beschäftigten ein nicht unbedeutendes Wählerreservoir darstellen, werden die sozialdemokratischen Architekten und Verteidiger dieser Art von Sozialpolitik auf dem Wählermarkt ebenso prämiert, wie sich die an Erhalt und Ausbau des Wohlfahrtsstaates orientierte Politik gegen die Attacken neoliberaler Demontage relativ immun zeigte. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß die wohlfahrtsstaatlichen Leistungstandards in Schweden – und mit Einschränkungen auch in Norwegen, Finnland und Österreich – nicht nur den unteren Einkommensgruppen, sondern auch den Mittelschichten attraktiv erscheinen.

Die spezifische Konstruktion der nordischen Wohlfahrtsstaaten läßt sich maßgeblich mit der tiefen Verankerung der Sozialdemokratie in Staat und Gesellschaft

erklären. Aus dieser sich wechselseitig verstärkenden Verschränkung wird auch die hohe gesellschaftliche Präferenz für Vollbeschäftigung erklärbar. (Sozialdemokratische) Parteien, die dies mißachten, laufen zumindest in Schweden und Norwegen Gefahr, an den Wahlurnen bestraft zu werden. Indem es den schwedischen Sozialdemokraten gelang, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für Vollbeschäftigung und eine universalistische Wohlfahrtspolitik zu etablieren, haben sie zugleich eine solide Basis für die Reproduktion ihrer Politik und Macht geschaffen (Korpi 1983; Esping-Andersen 1985; 1988).

Die Institutionen des Wohlfahrtsstaates sind in Griechenland und Spanien weit weniger entwickelt. Die schichtenübergreifende Nachfrage nach umfassender sozialpolitischer Versorgung hat keine Tradition, sie gibt es nicht. Die Standards der sozialen Güter und Dienstleistungen sind überdies zu niedrig, um auch für die Mittelschichten attraktiv zu sein, die zudem häufig gar nicht anspruchsberechtigt sind. Darüber hinaus sind die „marginalen" Wohlfahrtssysteme Spaniens und Griechenlands – und mit Einschränkungen auch der „bürgerliche, stark auf Versicherungssystemen" basierende Wohlfahrtstyp in Frankreich – nur von geringer Bedeutung als Arbeitgeber. Als die ökonomischen Bedingungen der ersten Hälfte der achtziger Jahre den sozialistischen Regierungen die Entscheidung „Produktivität oder wohlfahrtsstaatliche Umverteilung" nahezulegen schien, konnten sie sich mit zeitlichen Abstufungen (Spanien 1982; Frankreich 1983/84; Griechenland 1985) *gegen* den Aufbau oder Ausbau des Wohlfahrtssystems entscheiden, ohne massive Wählerabwanderungen befürchten zu müssen: Zweifellos ein Beispiel für die Beharrungskraft faktischer politischer Verhältnisse, wie dies in spiegelbildlicher Umkehrung auch für die Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas gilt.

## 4. Politische Variablen

Die politischen Variablen „Regierungsmacht", „Stärke" und „Fragmentierung der Opposition" sowie „Relevanz der Links-Opposition" sind während der achtziger Jahre in beiden Ländergruppen vergleichbar (oder können gar zugunsten der Südländer interpretiert werden). So verfügten die sozialistischen Regierungen Frankreichs (1981–1986), Griechenlands (1981–1989) und Spaniens (1982– ) über absolute parlamentarische Mehrheiten im Parlament, die durch straff geführte Parlamentsmehrheiten auch immer garantiert blieben. Die nordischen und österreichischen (ab 1983) Sozialdemokraten mußten in den achtziger Jahren durchweg in Koalitionen regieren oder waren auf die parlamentarische Unterstützung anderer Parteien angewiesen (Schweden; Norwegen). Die Opposition war mit Ausnahme Griechenlands und Österreichs in den Ländern beider Gruppen hoch fragmentiert und nur zeitlich und sachlich begrenzt zu gemeinsamem politischen Handeln fähig. Angesichts der eher günstigen Ausstattung mit „politischen Ressourcen" bei den südeuropäischen Sozialisten läßt sich deren „Reformzurückhaltung" kaum aus den politischen Variablen erklären. Allenfalls in Spanien und mit deutlicher

Abschwächung auch in Griechenland führten Probleme der Konsolidierung der Demokratie zu einer Einschränkung wirtschaftspolitischer Steuerungsoptionen, da angesichts des vordringlichen politischen Ziels der siebziger Jahre, die Demokratie zu konsolidieren (Liebert 1990), dringende Wirtschaftsreformen aufgeschoben und die Modernisierung der beiden Volkswirtschaften weiter hinausgezögert werden mußte (Giner 1984; Pérez-Díaz 1987; Pridham 1989).

## 5. Die Variable Zeit

Die Differenz zwischen der Modernisierungspolitik der sozialistischen „Nachzügler" Südeuropas und der wohlfahrtsstaatlich orientierten Politik der etablierten Sozialdemokratie in den fünfziger, sechziger und noch in den siebziger und achtziger Jahren kann wesentlich auf unterschiedliche historische „Opportunitätsmomente" zurückgeführt werden. Als PS, PASOK und PSOE zu Beginn der achtziger Jahre erstmals – bzw. nach langer Abwesenheit von der Macht (SFIO/PS) – die Regierung übernahmen, erlaubten die externen ökonomischen Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsschwäche der eigenen Volkswirtschaften insbesondere den spanischen und griechischen Sozialisten nur wenig mehr als eine Strategie der Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, d.h. Modernisierungen, die Nordeuropa schon in den ersten Nachkriegsjahrzehnten durchgeführt hatte. In der „Schumpeterianischen Dekade" (Giersch 1983) der achtziger Jahre mit ihrer Globalisierung der nationalen Ökonomien und der tendenziellen Entkopplung von Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum stand Südeuropas Sozialisten keine dem Keynesianismus vergleichbare „synthetische makroökonomische" Strategie mehr zur Verfügung, die eine gleichzeitige Verfolgung von Produktivitäts- und Umverteilungszielen erlaubt hätte. In dieser Situation entschieden sich Spaniens Sozialisten von Anfang an – die französischen Sozialisten erst nach Abbruch ihres linkskeynesianischen Redistributionsexperiments (1982/83) – für eine Politik der Stärkung wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit auch auf Kosten „negativer" Umverteilungseffekte. Die PASOK-Regierung entschloß sich weder für die eine noch die andere Strategie. Ihre Politik oszillierte zwischen linkskeynesianischer Umverteilung, partikularistischem Klientelismus und etatistisch verfügter Austerität. Die erratische Abfolge und zeitweise Durchmischung dieser Politiken gehorchte nicht wirtschaftspolitischen Erfordernissen, sondern den kurzfristigen Imperativen der politischen Wahlzyklen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Fehlen eben jener organisatorischen, institutionellen, ökonomischen und zeitlichen Faktoren, die die relative Stabilität der sozialdemokratischen Politik in den Nordischen Ländern und mit Einschränkungen auch in Österreich ermöglichten, wesentlich dafür verantwortlich ist, daß die linksreformistische Politik in Südeuropa scheiterte bzw. bisher noch nicht zum Zuge gekommen ist. Dies bedeutet keineswegs, daß die reformpolitischen Ziele direkt und allein den ungünstigen ökonomischen und institutionel-

len Voraussetzungen zum Opfer fielen. Sie scheiterten auch an der Unfähigkeit der sozialistischen Regierungen, Reformpläne zu entwerfen, die die existierenden Rahmenbedingungen gebührend berücksichtigten und gleichzeitig eine Dynamik freisetzten, die den eigenen Handlungsrahmen durch die schrittweise Realisierung dieser Reformen allmählich erweitert hätte. Die Vernachlässigung einer überzeugenden Steuerreform, die die Akkumulation des produktiven Kapitals begünstigt, Reinvestitionen privilegiert, Gewinnentnahmen „bestraft" und fiskalische Ressourcen für sozialpolitische Zwecke vermehrt hätte, sowie die ausgebliebene Stimulierung von kooperativen Beziehungen zwischen Arbeit, Kapital und Staat zählen sicherlich zu den folgenschwersten Versäumnissen der sozialistischen Regierungen Südeuropas.

## *5. Resümee*

Die faktische Entwicklung sozialdemokratischer und sozialistischer Regierungspolitik in den achtziger Jahren enthüllt starke empirische Argumente gegen das „eherne Gesetz" vom unaufhaltsamen Niedergang des „historischen Phänomens" (Przeworski 1985) Sozialdemokratie. Die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der sozialdemokratischen Politik in Schweden, die „Sozialdemokratisierung" der finnischen Politik, das Oszillieren zwischen Regierung und Opposition der norwegischen Sozialdemokratie, die vorsichtige Preisgabe sozialdemokratischer Positionen in der regierenden SPÖ, die Deradikalisierung der französischen Sozialisten, die tendenzielle Liberalisierung der Wirtschaftspolitik unter der sozialistischen Regierung Spaniens und schließlich der etatistische Klientelismus des panhellenischen Sozialismus sind zu unterschiedlich, um sie unter eine allgemeine These zu subsumieren. Dies gilt für das vergangene Jahrzehnt, und auch für die Zukunft erscheinen umkehrbare Auf- und Abtrends wahrscheinlicher als unilineare Niedergangsentwicklungen. Die Trends werden vermutlich stärker von der Anpassungs- und Gestaltungsfähigkeit der sozialdemokratischen Parteien abhängen als von einem vorgeblich nicht auflösbaren „elektoralen Dilemma" oder dem Wunschdenken von Neoliberalen und Altmarxisten.

Die Politik der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien hat sich in den achtziger Jahren gewandelt, gewiß, doch ohne daß damit automatisch ihre Ziele aufgegeben wurden. So läßt sich für die sozialistischen Parteien Südeuropas mit dem Übergang vom „Oppositions"- zum „Regierungssozialismus" (Pelinka 1980) eine Deradikalisierung der Politik und Programmatik diagnostizieren. Allerdings ist diese weder mit „Sozialdemokratisierung" (Share 1986) zu beschreiben, noch kann sie umstandslos als „neoliberal" (Petras 1984; Share 1988) etikettiert werden. Am ehesten kann noch die Wirtschaftspolitik der spanischen Sozialisten als liberal bezeichnet werden, eine Beschreibung, die indes auf ihre Sozialpolitik schon nicht mehr zutrifft. PASOKs politisches Amalgam von Etatismus, Populismus und Klientelismus wiederum liegt weitgehend außerhalb des Zurech-

nungsbereiches von sozialdemokratisch und neoliberal. Allein die französischen Sozialisten scheinen zu Ende der achtziger Jahre auf einen gemäßigt sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt zu sein, ohne sich jedoch als Organisation in eine typisch sozialdemokratische Massenpartei mit organischen Gewerkschaftsbeziehungen gewandelt zu haben. Demgegenüber blieb Österreichs SP organisatorisch eine typische sozialdemokratische Partei, was sie jedoch nicht davor bewahrte, sozialdemokratische Positionen in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik aufzuweichen. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die SPÖ am Ende der achtziger Jahre in der Gruppe der „etablierten Sozialdemokratie" zu einem Grenzfall, eine Entwicklung, die sich aufgrund von Veränderungen in der Parteienlandschaft möglicherweise auch für Norwegens Sozialdemokraten in den neunziger Jahren abzeichnet. Gleichsam gegen den Strom kam es in den letzten zwei Jahrzehnten unter maßgeblicher Beteiligung der finnischen SDP zu einer „Sozialdemokratisierung" der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes. Daß zudem gerade das sozialdemokratische „Modell" Schweden seinen Vorbildcharakter nicht verloren hat, kann nur als besonders spektakuläre Falsifizierung der generellen Niedergangshypothese interpretiert werden.

Um die Schlüsselfrage meiner Untersuchung noch einmal aufzunehmen: Hat es einen Niedergang sozialdemokratischer Politik in der „Schumpeterianischen Dekade" gegeben? Dies mag für die Tatsache gelten, daß wichtige sozialdemokratische Parteien, wie die britische Labour Party, die SPD, die dänischen und niederländischen Sozialdemokraten, in die Opposition verbannt wurden. Der Niedergang der Sozialdemokratie war jedoch weder allgemein, noch ist er irreversibel. Will man unzulässige Generalisierungen vermeiden, wird man genauer differenzieren müssen. Dort, wo, wie in Südeuropa, sozialdemokratische Reformversuche bisher gescheitert oder weitgehend ausgeblieben sind, hat es auch in den Jahrzehnten zuvor keine sozialdemokratische Politik gegeben; und dort, wo sozialdemokratische Politik vorher schon existierte, hat sie sich mit der vorläufigen Einschränkung Österreichs als widerstands- und anpassungsfähig erwiesen. Ich meine, dies sind mehr Ausnahmen, als selbst die eleganteste Theorie aushalten kann.

## *Literatur*

Adler-Karlsson, G., 1967: Functional Socialism. A Swedish Theory for Democratic Socialism, Stockholm.

Ambler, J.S. (Hrsg.), 1985: The French Socialist Experiment, Philadelphia.

Andersson, J.O., 1987: The Economic Policy Strategies of the Nordic Countries, in: Keman, Hans, Heikki Paloheimo und Paul F. Whiteley, Coping with the Economic Crisis, London/Newbury Park/Beverly Hills/New Dehli.

Andersson, J.O., und Mjøset, L., 1987: The Transformation of the Nordic Models, Paper presented to the NORDSAM conference „Scandinavia in the 1990s", Reykjavik.

Armingeon, K., 1989: Sozialdemokratie am Ende? Die Entwicklung der Macht sozialdemokratischer Parteien im internationalen Vergleich, 1945–1988, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (18), Nr. 4, S. 321–345.
Axt, H.-J., 1985: Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland, Bonn.
Berglund, S., 1988: Eduskunta Elections in Finland, in: Scandinavian Political Studies 11, S. 69–75.
Beyme, K. von, 1982: Parteien in westlichen Demokratien, München.
Buci-Glucksmann, C., und G. Therborn, 1982: Der sozialdemokratische Staat, Hamburg.
Cameron, D., 1988: The Colors of a Rose: On the Ambiguous Record of French Socialism, Harvard University, Center for European Studies, Working papers Series, Cambridge.
Corliras, P., 1986: The Economics of Stagflation and Transformation in Greece, in: Tzannatos, Z. (Hrsg.), Socialism in Greece, Aldershot, S. 35–40.
Criddle, B., und D.S. Bell, 1988: The French Socialist Party, Oxford.
Crozier, M. et al. (Hrsg.), 1975: The Crisis of Democracy, New York.
Dahrendorf, R., 1983: Die Chancen der Krise: über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart.
Economist, 1987: The Nordic Alternative. A Survey of Finland, Norway and Sweden.
Economist, 1989: Fading Illusions. A Survey of Austria.
Esping-Andersen, G., 1985: Politics Against Markets, Princeton.
Esping-Andersen, G., 1988: Equality, Efficiency and Power in the Making of a Welfare State, Florenz (MS).
Featherstone, K., 1983: The Greek Socialists in Power, in: West European Politics 6, Nr. 3, S. 237–250.
Gallagher, T., und A.M. Williams (Hrsg.), 1989: Southern European Socialism. Parties, Election and the Challenge of Government, Manchester/New York.
Georgakopoulos, T., K. Prodromidis und J. Loizides, 1987: Public Enterprises in Greece, in: Annals of Public and Co-operative Economy (58), Nr. 4, S. 351–367.
Giersch, H., 1985: Eurosclerosis, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 112.
Giner, S., 1984: Southern European Socialism in Transition, in: West European Politics (7), Nr. 2, S. 138–157.
Glyn, A., und B. Rowthorn, 1988: West European Unemployment: Corporatism and Structural Change, in: The American Economic Review (78), Nr. 2, S. 194–199.
Gunther, R., G. Sani und G. Shabad, 1988: Spain after Franco. The Making of a Competitive Party System, Berkely/Los Angeles.
Hall, P., 1986: Governing the Economy, Cambridge.
Hall, P., 1987: The Evolution of Economic Policy under Mitterrand, in: Ross, G., S. Hoffmann und S. Malzacher, (Hrsg.), The Mitterrand Experiment, Cambridge, S. 54–75.
Heidar, K., 1989: Party System Change in Norway 1970–1989, in: West European Politics (12), erscheint demnächst.
Hinrichs, K. und W. Merkel, 1987: Der Wohlfahrtsstaat Schweden: Was bleibt vom Modell?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/52, S. 23–38.
Kasakos, P., 1988: Entwicklungsprobleme und wirtschaftliche Optionen im Griechenland der achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14–15, S. 36–46.
Katzenstein, P.J., 1984: Corporatism and Change. Austria, Switzerland and the Politics of Industry, Ithaca/London.
Katzenstein, P.J., 1985: Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe, Ithaca/London.
Keman, H., und T. van Dijk, 1987: Policy Strategies, Implementation and Outcomes, in: Keman, H., H. Paloheimo und P.F. Whitely, (Hrsg.), Coping with the Economic Crisis, London, S. 127–162.
Kirchner, E., 1988: Liberal Parties in Western Europe, Cambridge.
Kosonen, K., 1988: Saving and Economic Growth in a Nordic Perspective, Helsinki (Ms.).
Lash, S., 1985: The End of Neocorporatism? The Breakdown of Centralized Bargaining in Sweden, in: British Journal of Industrial Relations (23), S. 215–239.

Liebert, U. (Hrsg), 1990: Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe, London.
Liebman, M., 1986: Reformism Yesterday and Social Democracy Today, in: Socialist Register 1985/86, S. 1–22.
Lyrintzis, C., 1987: The Power of Greek Populism: The Greek Case, in: European Journal of Political Research (15), S. 667–686.
Machin, H., und V. Wright, (Hrsg.), 1985: Economic Policy and Policy Making Under the Mitterrand Presidency 1981–1984, London.
Markovits, A.S., und A. Pelinka, 1989: Social Democracy in Austria and West Germany in the 1970s and 1980s: A Comparative Assessment, in: German Studies Review, S. 334–352.
Martin, A., 1985: Wages, Profits, and Investment in Sweden, in: Lindberg, L. und C. Meyer (Hrsg.), The Politics of Inflation and Economic Stagnation, Washington, S. 403–462.
Merkel, W., 1987: Prima e dopo Craxi. Le trasformazioni del PSI, Padua.
Merkel, W., 1989: Sozialdemokratische Politik in einer post-keynesianischen Aera? Das Beispiel der Sozialistischen Regierung Spaniens (1982–1988), in: Politische Vierteljahreschrift (30), Nr. 4, S. 629–654.
Miliband, R., J. Saville, M. Liebman und L. Panitch (Hrsg.), 1986: Socialist Register 1985/86, London.
Mjøset, L., 1987: Nordic Economic Policies in the 1970s and 1980s, in: International Organization (41), Nr. 3, S. 403–456.
Mjøset, L., A. Cappelen, J. Fagerberg und R. Skarstein, 1990: The Break-Up of Social Democratic State in Norway, in: Camiller, Patrick (Hrsg.), The Left in Western Europe, London (forthcoming).
Mouzelis, N., 1980: Capitalism and the Development of the Greek State, in: Scase, R. (Hrsg.), The State in Western Europe, London, S. 241–273.
Moya Frances, E., 1983: Interview, in: Papeles de Economia Española (15), S. 370–374.
Müller, W.C., 1988: Privatizing in a Corporatist Economy: The Politics of Privatization in Austria, in: West European Politics (11), Nr. 4, S. 101–116.
OECD Economic Surveys Austria: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys Finland: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys France: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys Greece: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys Norway: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys Spain: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Surveys Sweden: issues from 1980–1987, Paris.
OECD Economic Studies, 1985: Nr. 4, Special Issue: The Role of the Public Sector, Paris.
OECD, 1989: Historical Statistics 1960–1987, Paris.
Offe, C., 1984: Contradictions of the Welfare State, Cambridge.
Olson, M., 1982: The Rise and Decline of Nations, New Haven/London.
Parris, H., P. Pestieau und P. Saynor, 1987: Public Enterprise in Western Europe, London/Sydney/New Hampshire.
Paterson, W.E., und A.H. Thomas, 1986: The Future of Social Democracy, Oxford.
Pelinka, A., 1980: Sozialdemokratie in Europa, München/Wien.
Pelinka, P., und P. Steger, 1988: Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien.
Pekkarinen, J., 1988: Corporatism and Economic Performance, Cambridge (Ms.).
Pekkarinen, J., 1989: Keynesianism and the Scandinavian Models of Economic Policy, in: Hall, P.A. (Hrsg.), The Political Power of Economic Ideas, Cambridge, S. 311–344.
Petras, J., 1984: The Rise and Decline of Southern European Socialism, in: New Left Review (146), S. 37–52.
Petras, J., 1987: The Contradictions of Greek Socialism, in: New Left Review (163), S. 3–25.
Pontusson, J., 1987: The Story of Wage Earner Funds, in: New Left Review (165), S. 5–33.

Pridham, G., 1989: Southern European Socialist and the State: Consolidation of Party Rule or Consolidation of Democracy?, in: Gallagher, T. und A.M. Williams (Hrsg.), Southern European Socialism, Manchester/New York, S. 132–162.
Przeworski, A., 1985: Capitalism and Social Democracy, Cambridge.
Przeworski, A., 1989: Class, Production and Politics: A Reply to Buroway, in: Socialist Review (19), Nr. 2, S. 78–112.
Przeworski, A., und J. Spraque, 1986: Paper Stones. A History of Electoral Socialism, Chicago.
PSOE, 1982: Programa Electoral 1982, Madrid.
Puhle, H.J., 1986: El PSOE: Un Partido dominante y heterogeneo, in: Linz, J. und J.R. Montero (Hrsg.), Crisi y cambio. Electores y partidos en España de los años ochenta, Madrid.
Ross, G., S. Hoffmann und S. Malzacher (Hrsg.), 1987: The Mitterrand Experiment, Cambridge.
Ross, G., und J. Jensen, 1988: The Tragedy of the French left, in: New Left Review (171), S. 5–44.
Sainsbury, D., 1984: Scandinavian Party Politics Re-examed: Social Democracy in Decline?, in: West European Politics (7), Nr. 4, S. 67–102.
Scharpf, F.W., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa, Frankfurt/New York.
Schmidt, M.G., 1988: The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political Determinants of Rates of Unemployment in Industrial Nations, in: Castles, F., F. Lehner und M.G. Schmidt (Hrsg.), Managing Mixed Economies, Berlin, S. 4–53.
Schmitter, P.C., 1988: Five Reflections on the Future of the Welfare State, in: Politics and Society (16), Nr. 4, S. 503–516.
Singer, D., 1988: Is Socialism Doomed?, New York/Oxford.
Spourdalakis, M., 1988: The Rise of the Greek Socialist Party, London/New York.
Steinmo, S., 1987: Social Democracy versus Socialism: Goal Adaptation in Social Democratic Sweden, in: Politics and Society, S. 403–446.
Therborn, G., 1986: Why Some Peoples Are More Unemployed Than Others, London.
Uterwedde, H., 1988: Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich. Programme und Praxis, Frankfurt/New York.
Visser, J., 1989: Trade Unions in Figures, Deventer.
Vobruba, G., 1983: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt.
Winckler, G., 1988: Der Austrokeynesianismus und sein Ende, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (17), Nr. 3, S. 221–230.